



**Mitgliederversammlung des Thüringer Handwerkstages e.V.
am 6. November 2003, Dorint Hotel Gera
Rede des Präsidenten**

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute ist es wieder soweit und der Thüringer Handwerkstag e.V. führt seine Jahresmitgliederversammlung durch. Was unser eigentliches Innenleben im Verband anbelangt, so hatten wir vorhin unsere interne Versammlung. Jetzt hier möchten wir in offener Atmosphäre ein Bild des Handwerks der heutigen Zeit zeichnen, ein Abbild geben über unser Handwerkerleben, über Freude, Nöte und Sorgen unserer Betriebe. Es ist gut und wichtig, wenn viele wissen, wie es um die Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppe Handwerk steht, denn letztlich ist unser Leben ein Mosaik: fehlt ein Steinchen – stimmt das Bild nicht mehr. Deswegen bin ich froh darüber, dass wir Sie, sehr geehrte Gäste, zu den Interessierten in der Gesellschaft zählen dürfen, die eben wissen möchten, oder noch besser wissen möchten, was das Handwerk denn da unter veränderten nationalen und internationalen Bedingungen noch in der Lage ist, für die Gesellschaft zu leisten.

Es freut mich natürlich besonders, dass unser Ministerpräsident Herr Althaus unter uns weilt und ebenso unsere Landtagspräsidentin Frau Lieberknecht. Das ist für uns nicht nur die Bekundung des Interesses am Handwerk, das ist für uns eine große Ehrerbietung und Würdigung der 28.000 Handwerksunternehmer, der 150.000 Beschäftigten und der 24.000 Lehrlinge. Dafür möchte ich mich jetzt bereits sehr herzlich bedanken.

Ja, meine Damen und Herren, Handwerk lebt nicht nur für sich allein. Uns im Handwerk treffen ganz unmittelbar alle Ereignisse der Entwicklung frontal, es gibt so gut wie keine Knautschzone. Und das ist auch der Grund, warum wir uns oft melden, und auch – warum wir manchmal sehr deutliche Worte finden. Und wenn ein führender SPD-Bundestagsabgeordneter unsere klaren Ausführungen mit „Verbandsradikalismus“ bezeichnet, so werten wir dies als eigene Disqualifizierung, aber eben nicht von uns!

Und damit bin ich schon bei unserem Hauptthema. Die Bundespolitik hat uns im Handwerk ein aufregendes Jahr beschert. Nicht etwa dem ganzen Volk oder dem ganzen Land, indem zielgerichtet der Reformstau aufgelöst wird, in dessen Strudel wir seit der Wiedervereinigung mit hineingezogen wurden. Nur – wir haben den Strudel durch die Aufbruchstimmung und die Aufbruchleistung anfangs nicht so gemerkt. Erst als der Konjunkturimpuls für die alte BRD durch den Anschluss der Neuen Bundesländer vorbei war, wurde klar, was die ganzen Vorgängerregierungen so angerichtet hatten durch Untätigkeit, durch Wegsehen, durch Schönreden. Dass jetzt Rot-Grün das ganze Dilemma vor den Füßen hat, ist für die Verantwortungsträger vielleicht bedauerlich. Aber man weiß doch: wer schön sein will, muss leiden, oder hier: wer machthungrig ist, bekommt Gegenwind. Und nun muss diese Regierung von Rot-Grün den Reformstau auflösen, damit Deutschland auch Deutschland bleibt! Denn eines ist uns auch im Handwerk klar: Wer reformfähig ist, ist auch regierungsfähig. Und da die großen, notwendigen und weitreichenden Reformen nicht gelingen – denn auch die Gesundheitsreform ist nur eine schillernde Seifenblase auf Zeit – also wegen des Nichtgelingens sucht sich Rot-Grün ein anderes Spielfeld. Und da ist das Handwerk, das sich am schlechtesten wehren kann gegen Feldversuche mit offenem Ausgang – das geeignete Versuchskaninchen. Ich sage hier gleich unsere Meinung in der Zusammenfassung: Handwerk ist von innen heraus immer reformfähig gewesen und bleibt es auch. Denn wären wir es nicht – unsere Betriebe wären längst den Bach runtergegangen.

Aber: Rot-Grün sieht in der Veränderung der Handwerksordnung den Stein der Weisen, die Arbeitslosigkeit drastisch zu bekämpfen. Lenin sprach mal von Grundfehlern einer Epoche, Rot-Grün begeht gerade einen. Und dieser Grundfehler ist, dass das Handwerk in seiner jetzigen Form als Dienstleister, als Arbeitgeber, als Ausbilder und als Steuerzahler eliminiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Da der gesetzliche Rahmen für das Handwerk, also die Handwerksordnung, so grundlegend und so lebenswichtig für uns ist, deswegen muss ich heute hier besonders darauf eingehen. Und weil

wir wissen, dass das Handwerk in jeder Lebensphase jedes einzelnen eine Rolle spielt, muss das Wohl und Wehe des Handwerks auch für jeden Bürger unseres Landes wichtig sein, auch – wenn es der eine oder andere gar nicht merkt, oder wenn der eine oder andere mal eine schlechte Erfahrung gemacht hat. Doch wer sich im Leben zurecht findet weiß, dass einmalige Erkenntnisse nicht Maßstab für das Ganze sein können. Wir sind auch deshalb so innerlich erregt bei diesen Änderungsbemühungen von Rot-Grün, weil sie zerstörend auf das Handwerk wirken, weil sie auf Unkenntnis fußen und weil sie nur der eigenen Machtbefriedigung dienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie begann alles vor einem Jahr:

Unser zuständiger Bundesminister Clement führte auf der Vollversammlung unseres Zentralverbandes im Herbst letzten Jahres in Leipzig folgendes aus, ich zitiere wörtlich: „Es wird durch diese Bundesregierung, jedenfalls durch mich, keine Maßnahmen geben, die gewissermaßen von oben herab Veränderungen im Handwerk erzwingen wollen. Das was wir tun, was wir tun können, im Verhältnis zum Handwerk, was die Rechtsordnung angeht, die Handwerksordnung angeht, das wird nur so gestaltet werden, dass Sie mitgehen. Wir werden das mit Ihnen tun, das was notwendig ist, aber nicht ohne Sie, nicht gegen Sie und erst recht nicht von oben herab. Das ist mein Verständnis der Arbeit.“ Zitatende.

Bei der Internationalen Handwerksmesse in München im März hat er das nochmals wiederholt. Welche Bestandszeit hatte diese Grundposition? Nicht mal 6 Wochen! Im Frühjahr begann eine Kampagne gegen das Handwerk von nie gekanntem Ausmaß. Und mit welcher irrigen Ansichten, mit welcher Verkennung der Tatsachen das begründet wurde! Ich möchte dazu noch ein Zitat bringen, vom wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Herrn Bundestagsabgeordneten Brandner. Er sagte, ich zitiere: „Die Reform der Handwerksordnung kommt aus meiner Sicht mindestens 13 Jahre zu spät. Spätestens mit der Vereinigung Deutschlands wäre eine grundlegende Reform der Handwerksordnung überfällig gewesen. So haben wir noch zu Beginn der 90er Jahre das alte Regelwerk in die neuen Bundesländer übertragen, mit fatalen Konsequenzen für die Gründungsdynamik in diesen Ländern. ... Wie viele hoch qualifizierte Techniker, Ingenieure und Werkmeister aus der ehemaligen DDR sind davon abgehalten worden, sich im Handwerk selbstständig zu machen, mit der Begründung, sie hätten keinen Meisterbrief? Das werden wir jetzt ändern – für viele leider 13 Jahre zu spät.“ Zitatende.

Es ist übrigens derselbe Abgeordnete, der bei Diskussionen von Verbandsradikalismus spricht. Ich muss hier einfach sagen: Der Mann weiß nicht, wovon er redet. Jedenfalls für Thüringen läuft er neben der Mütze. Ich möchte hier mal die Zahlen nennen: Wir hatten in Thüringen in den besagten 13 Jahren eine Gründerwelle von 46.900 Neueintragen in die Handwerksrolle. Und wir haben eben mit dieser aus SPD-Sicht veralteten Handwerksordnung unsere Betriebsanzahl seit der Wende verdoppelt. Und noch eine Zahl: 60 % der neueingetragenen Unternehmen hatten einen Meisterabschluss, 40 % wurden selbstständig auf der Basis von gleichwertigen Prüfungen bzw. über Ausnahmegewilligungen, also jene Meister aus den Handwerkerbrigaden der Volkseigenen Betriebe. Und wenn wir jetzt noch bedenken, dass wir in Thüringen noch 3.000 Meister in der Warteschleife haben, die sich nur nicht selbstständig machen, weil die Zeiten ihrer Meinung nach zu schlecht sind, dann sind Begründungen wie von Herrn Brandner nur aus der Luft gegriffen, um damit von der Wahrheit abzulenken.

Das ist doch das, was uns im Handwerk so aufregt. Wir sind doch im Handwerk nicht gegen Modernisierung oder gegen Europa, was auch immer wieder im Zuge der Novellierung der Handwerksordnung genannt wird. Man sollte sich doch in dieser Bundesregierung einfach mal auf das Subsidiaritätsprinzip besinnen. Und wenn man nicht weiß, was das ist, sollte man sich auf die Übersetzung von Norbert Blüm berufen: Lasst doch die Kirche im Dorfe! – sagte er.

So appelliere ich von hier aus an die Bundesregierung: Schaffen Sie doch die Dinge, die Deutschland für die Zukunft gut tun, wir als Handwerk werden uns schon entsprechend einordnen. Lassen Sie die Ordnungspolitik in Ordnung und stoppen Sie zum Beispiel den Mittelstandsbeauftragten Rezzo Schlauch mit seiner überflüssigen Diskussion zur Abschaffung von der Selbstverwaltung durch Auflösung der Kammersysteme. Wir sind durch die Bevormundung durch – wir im Handwerk brauchen keine neue. Unsere Arbeit machen wir auch ohne Reglement des Staates.

Kümmern Sie sich doch in Berlin lieber darum, dass das Dosenpfand läuft und dass die LKW-Maut vorankommt, wenn Sie diese Gesetze denn als die Zukunftsgesetze für Deutschland ansehen!

Übrigens, diese unsere Meinung wollte ich nicht nur so hier für uns und vor uns sagen. Wir hatten schon vor, das alles hier an die richtige Adresse zu bringen. So hatten wir Herrn Bundesminister Clement vor langer Zeit hierher zu uns eingeladen. Er kam nicht, wie sie sehen. Es gelang dann aber im Bundesministerium doch noch, dass ein Untersekretär bei uns anrief, um zu sagen, dass dafür keine Zeit wäre. Dafür hat aber morgen Herr Clement Zeit. Da ist er nämlich in Erfurt, auf der Messe, um seine Tagung „TeamArbeit für Deutschland“ zu beaufsichtigen.

Aber zurück zu Einladungen. Wir hatten nämlich noch mehr vor. So hatten wir vor gleicher Zeit auch Herrn Bundesminister Stolpe eingeladen, den Beauftragten der Bundesregierung für den Aufbau Ost. Beide Minister hatten mir persönlich versprochen, uns in Thüringen noch einmal Handwerkspolitik richtig zu erklären. Aber auch Herr Stolpe ist nicht hier. Es gelang ihm aber wenigstens, schriftlich abzusagen.

Und damit sich unsere Handwerker die Realität vor Augen halten können, haben wir mal eine Seite in unserer Handwerkszeitung besonders gestaltet. Die Abstimmung der Thüringer Bundestagsabgeordneten zu dem Kleinunternehmergesetz, übrigens ein Gesetz zur Ausblutung des Handwerks, haben wir dort aufgeschrieben, fein säuberlich, was jeder gesagt hat, warum er so oder so abgestimmt hat. Dass bei der Meinungsäußerung der SPD-Riege galt, einer für alle ist sicher auf die Story der drei Musketiere zurückzuführen. Und unser Thüringer Abgeordneter Kranz, der die Gesamtmeinung aufgeschrieben hat, hatte noch Sorge, wir könnten noch etwas kommentieren. Dabei war das gar nicht nötig, die Antwort war für uns Kommentar genug!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte doch noch einmal unser Grundanliegen vortragen. Was will das Handwerk. Das Handwerk in Thüringen, wie auch überall in Deutschland, möchte arbeiten, sich entwickeln, möchte nichts weiter. Wir wollen keine Subventionen, wir möchten keinen Sonderstatus, wir wollen nur selbstständig arbeiten und zwar so, dass etwas übrigbleibt. Da haben wir etwas davon, da hat der Staat was davon. Und – wir wollen ein Klima, sprich Rahmenbedingungen, wo so etwas gedeihen kann. Deshalb – fassen Sie, wertere Gäste, diese Positionsbestimmung nicht als klagen auf. Aber wenn es um unsere Existenz geht, da müssen wir uns melden. Und da wir Verantwortung tragen, machen wir dieses Aufbegehren auch für unsere Gesellen und für unsere Lehrlinge. Das ist gelebte soziale Solidarität, und die wird im Handwerk seit jeher groß geschrieben. Und da stört uns natürlich alles, was es unseren Betrieben erschwert, frei zu atmen.

Wir sehen ja nicht nur den Generalangriff auf unser Handwerk – und der ist leider noch nicht abgewendet, wir sehen auch viel mehr Dinge, die uns an der Arbeit hindern, die letztlich den Mittelstand nicht fördern oder fordern, sondern die den Mittelstand überfordern.

Dazu sind alle Maßnahmen zu sehen, die direkt in den Arbeitsmarkt und in den Wettbewerb eingreifen. Es wird in der Gesellschaft kaum noch wahrgenommen, dass die subventionierten Ich-AG's mit Dumpingangeboten gegen die Betriebe vorgehen, die das Geld erwirtschaften, das über Steuern zur Subventionierung der Ich-AG dient. Der Staat setzt den gesunden Betrieben die Blutegel an! Oder wenn wir jetzt Hartz III sehen. Hier wird ABM zu einem beliebig einsetzbaren sozialpolitischen Instrument umgestaltet, um planwirtschaftliche Beschäftigungspolitik zu machen. Oder Hartz IV. Hiermit kann die Arbeitsverwaltung einen faktischen Niedriglohnsektor mit wettbewerbsverzerrenden Dumpinglöhnen etablieren.

Meine Damen und Herren, ich weiß es von unserem Generalsekretär Schleyer, der ja in der Hartz-Kommission mitgewirkt hat, dass das, was heute Rot-Grün daraus macht, überhaupt nicht Ziel von Hartz war. Rückführung künstlicher Beschäftigung – das war das Ziel. Das hat man aber längst als Ziel an den Nagel gehängt.

Wir brauchen doch Wirtschaftsimpulse. Und die stellen sich ein, wenn die Steuern gesenkt werden. Und wenn wir die vielen klugen Leute hören, die irgend etwas zum Vorziehen der Steuerreform sagen müssen anstatt sie einfach vorzuziehen, da kann einem ja der Überblick verloren gehen.

Es muss doch wohl möglich sein, dass Deutschland in Europa die rote Laterne des Schlusslichtes wieder abgibt. Wir im Handwerk stellen uns das einfach vor. Wir müssen weg von Machtstreben der Parteien, wir müssen weg von parteipolitischem Hick-Hack, wir haben so viel kluge Köpfe, wir brauchen doch nur zu handeln. Es muss uns in Deutschland gelingen, zur Sacharbeit zurückzufinden. Was gut tut, wird gemacht – das muss die Devise sein. Das machen wir schon immer so in unseren Handwerksbetrieben, und es klappt stets aufs Neue. Also, kann ich unsere Politiker in Berlin nur ermuntern: Handeln Sie endlich!

Und da wir im Handwerk ja bodenständig sind, interessiert uns Thüringen natürlich zuerst. Da ist die Bilanz der 16 Bundesländer eine gute Informationsquelle. Wer nicht vergessen hat, wo wir hergekommen sind, den wundert es nicht, dass wir bei den 13 Bundesländern – die Stadtstaaten mal ausgeklammert – zwei Blöcke haben: Die Alten Bundesländer mit Bayern an der Spitze und Schleswig-Holstein am Ende und danach die Neuen Bundesländer mit Thüringen an der Spitze und Sachsen-Anhalt am Schluss. Es wird noch lange dauern, bis ein Neues Bundesland in die Phalanx der Alten Bundesländer eintritt. Aber dass Thüringen insgesamt den 9. Platz einnimmt und bei den Neuen Bundesländern an erster Stelle steht, das sollte man schon deutlich zur Kenntnis nehmen. Und hier, und ich sage das aus vollem Herzen, gebührt unserem ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Vogel ein echtes herzliches Dankeschön für diese Regierungsleistung!

Freilich, an der einen oder anderen Stelle schon weiter zu sein, wäre schön. Aber auf das Erreichte aufzubauen ist eine herausfordernde Aufgabe, die uns alle anspornen sollte. Und ich glaube gern, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Althaus, Sie haben diese Herausforderung angenommen. Das erkennt man schon einfach an Ihrer 100-Tage-Bilanz. Aus Sicht des Handwerks kann man Ihnen nur gratulieren. Nun ist es aber so, dass ja die 100 Tage nur eine

Einlaufzeit darstellen, die offene Szene verlangt schon viel mehr. Ich darf Ihnen hier an dieser Stelle nochmals viel Erfolg wünschen. Und meine Wünsche sind nicht uneigennützig, auch wir haben ja davon etwas, ich sage es ehrlich heraus.

In erster Linie denke ich da an unsere gemeinsame Vereinbarung, die Vereinbarung zwischen Landesregierung und Thüringer Handwerkstag. Kein Bundesland hat es uns nachgemacht – schade für das dortige Handwerk. Wir konnten in der Bilanz, die wir zur letzten Mitgliederversammlung des Thüringer Handwerkstages e.V. ziehen konnten, auf gemeinsame Erfolge hinweisen. Und mit der Fortschreibung der Vereinbarung, wo wir dieses Jahr im Mai die Anpassung an die Zeit vorgenommen haben, haben wir erneut klare Ziele umrissen, die nun in der Ära von Ministerpräsident Althaus zur Bearbeitung anstehen.

Einen herausragenden Stellenwert in dieser Zusammenarbeit hat meines Erachtens eine Studie mit dem Namen „Zukunft des Thüringer Handwerks“. Es steht doch die Frage für uns, wie geht es weiter mit dem Thüringer Handwerk. Welche Entwicklungen sind zu berücksichtigen, welche Konstellation gibt es zwischen Landesentwicklung und Handwerk, welche zwischen Bundesentwicklung und Handwerk, wo steht sich das Handwerk selber im Wege usw. Wir, das heißt der Thüringer Handwerkstag e.V., hat vor fast zwei Jahren eine Studie in Auftrag gegeben. Wir konnten diesen Schritt nur tun, weil die Landesregierung, hier speziell das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, uns mit Fördermitteln für die Bearbeitung dieser Studie unterstützt hat und so das Vorgehen möglich gemacht hat. Das Ziel der Studie ist ein Paket von Generalaussagen zur Zukunftsgestaltung. Es ist doch klar, wir selbst können solche Aussagen nicht tiefgründig treffen. Und allzu oft werden unsere eigenen Aussagen angezweifelt. Bei der Allgemeinbildung der Schulabgänger zum Beispiel war dies genauso, bis die Pisa-Studie auf dem Tisch lag. Wir haben in die Zukunftsstudie zwar unsere Erfahrungen mit eingebracht, aber letztlich wissenschaftlich aufbereiten, die Fakten zu durchdringen, das haben wir in die Hand der Wissenschaft gelegt. Und genau genommen sind wir froh, dass wir jetzt zu diesem Zeitpunkt die Erarbeitung vollziehen, wo Rot-Grün uns im Handwerk mit Veränderungen überzieht, die in der Auswirkung kaum zu übersehen sind, die irreparable Veränderungen bewirken und die das Gesamtverhältnis von Handwerkern zu Handwerkskunden maßgeblich verändern werden. Eigentlich ist es schlimm, dass die Bundespolitik derart in das Wirtschaftsgefüge auch eines Landes wie Thüringen eingreifen kann, in dem sie die Handwerkerschaft mit nicht zu verstehenden Gesetzesschritten drastisch ausbremst. Da ist die Studie die richtige Antwort darauf. So sind wir im Handwerk unserer Landesregierung außerordentlich dankbar, und das möchte ich sehr explizit zum Ausdruck bringen, dass sie diesen Weg der förderlichen Begleitung für das Handwerk gewählt hat. Das ist wahre Hilfe, das ist zukunftsichernder Weitblick, das ist letztlich Leistung für unseren Freistaat.

Dass zwischenzeitlich die Medien nach der Methode „Herr Lehrer, ich weiß was“ unsere Studie in schräges Licht gebracht haben mag man wohl unter dem Aspekt sehen, dass nur schlechte Nachrichten gute Nachrichten der Medien sind. Dass sich allerdings die Spitze der SPD-Landtagsfraktion auf dieses Pflaster mit begeben hat und mit einer Anfrage an die Landesregierung in Front zur Handwerkerschaft gegangen ist bzw. das Handwerk zwischen die Puffer Opposition – Landesregierung ziehen wollte, das stimmt schon mehr als nachdenklich. Bei allen Bemühungen unserer SPD-Landtagsfraktion, auf größte Rechtmäßigkeit beim Umgang mit Steuermitteln zu gehen – was das Handwerk von der Sache auch sehr begrüßt - die Angemessenheit der Mittel wäre wohl, einfach mit dem Handwerk Kontakt aufzunehmen bzw. den angebotenen Kontakt nicht auszuschlagen, als mit Informationsbruchstücken Herrn Minister a. D. Schuster oder Herrn Minister Reinholz in Mißkredit zu bringen. Denn eins ist klar, wer mit Bruchstücken handelt riskiert selbst den Weg zum Bruchstück!

Ich hoffe aber, dass heute mit den ersten Veröffentlichungen von Ergebnissen – die Studie ist erst zum Jahresende abgeschlossen – alle einen Eindruck von der zukünftigen Entwicklung erhalten, um sich einzustellen. Insbesondere unseren Handwerksbetrieben, also dem einzelnen Unternehmen, wird die Studie eine wirksame Entscheidungshilfe sein.

Eines allerdings muss ich heute schon sagen, und zwar in Richtung meiner Handwerkskollegen. Egal welche Ergebnisse noch alle aus der Studie absehbar sind, die Urkraft des Handwerks müssen wir uns selbst erhalten, das ist unsere Einigkeit. Es gilt die alte Weisheit, dass Not verbindet. Die Not für uns Handwerker ist groß und trotzdem scheint es mitunter, dass Not trennt. Das ist sicher eine Antwort auf die gegenwärtige wirtschaftliche Situation – es ist aber die falsche! Deshalb geht mein Aufruf an alle Handwerker: verbinden Sie die Ergebnisse der Studie mit der Urkraft des Handwerks, der Einigkeit. Wer geeint kämpft, der kann gewinnen, wer getrennt kämpft hat schon verloren. Ich sage diese aufrüttelnden Worte auch hier vor unseren Gästen, damit deutlich wird: wir zeigen nicht mit dem Finger auf andere, sondern wir kehren auch vor der eigenen Tür, denn wer austeilt muss auch einstecken können. Doch gehen wir zurück zur Landespolitik. Uns gefällt die Linie von Ministerpräsident Althaus, Familie und Wirtschaft einheitlich zu betrachten. Damit wird uraltes Kulturgut des Handwerks belebt, denn der Fa-

milienbetrieb ist nun mal im Handwerk zu Hause. Und damit auch alle Probleme, die sich darum ranken. Für uns im Handwerk ist dieser Umstand ein deutlicher Ausdruck unserer Sozialkompetenz. Ich glaube, wir zeigen dies überzeugend in der guten Zusammenarbeit mit unseren Gesellen, und auch mit unseren Lehrlingen. Bildung ist für uns im Handwerk das Lebenselixier. Wer nicht am Ball der Bildung bleibt, der spielt sich selbst ins Abseits. Und wer keine Lehrlinge ausbildet riskiert die Betriebsaufgabe. Sicher, die wirtschaftlichen Gegebenheiten lassen uns dreimal überlegen, ob wir einen Lehrling einstellen. Die Fragen wie – ist genug Arbeit da, kann der Lehrlingsplatz bezahlt werden, bestehen Chancen zur Übernahme, die Fragen wiegen schon schwer. Trotzdem weiß ich, dass wir mit aller Kraft an der Schließung der Ausbildungslücke kämpfen. Nur eines brauchen wir im Handwerk gar nicht, die Drohung von Rot-Grün mit der Ausbildungsplatzabgabe. Wer verantwortungslos handelt, der bürdet der Wirtschaft dieses Bürokratiemonstrum auf und lähmt damit einmal mehr die Entwicklung, wer verantwortungsbewusst handelt, der schafft wirtschaftlich gangbare Wege zur Ausbildung. Auch hier möchte ich ein Lob ausbringen, ein Lob an unsere Landesregierung, speziell an unser Kultus- und an unser Wirtschaftsministerium. Und wofür? Für ein Projekt mit dem Namen „Berufsstart – vertiefte wirtschaftsnahe Berufsvorbereitung während der Schulzeit“. In gemeinschaftlicher Arbeit von Kultus- und Wirtschaftsministerium, von Landesarbeitsamt und den Kammern soll der Übergang von der Schule zur Lehre und dann zur Arbeit positiv gestaltet werden. Berufsorientierung und Berufswahl sind wichtige Schritte im Leben unserer jungen Menschen und es gibt wichtige Auswirkungen damit auf Wirtschaft und Gesellschaft. Mit diesem Gemeinschaftsprojekt werden in Thüringen Wege gegangen, die eine Antwort auf drängende Bildungsfragen unserer Zeit sind. Hier zeigt sich der innovative Gedanke auch im Handwerk. Und das Mitmachen ist eine Antwort von uns auf die zweifelhaften Bundesinitiativen wie Herunterfahren der Meisterausbildung oder das Aussetzen der Ausbildereignungsverordnung, die Betroffenen wissen, was ich meine. Die Handwerkswirtschaft hat stets die Verantwortung für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses getragen, schon aus reinem Selbsterhalt, und diese Verantwortung wird auch künftig beibehalten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ausbildung kostet Geld, das ist bekannt. Wer steckt heutzutage, wo die Konsumfreude durch das Angstsparen ersetzt wird, schon Geld in Ausbildung? Es ist das Handwerk. Ich muss es hier so deutlich sagen. Und da Geld im Handwerk knapp ist, ist ein weiterer Weg der Landesregierung begrüßenswert, der Weg zu landeseigenen Finanzierungsprogrammen. Wir fordern im Handwerk schon zehn Jahre Modelle, die im Kleinkreditbereich direkt durch das Land und seine Förderbank, der Thüringer Aufbaubank, bedient werden. Jetzt scheint der Moment mit dem Programm „Thüringen Kapital“ gekommen. Aber dass wir jetzt noch Monate warten dürfen, bis alle Bedenkenträger ausgiebig zu Wort gekommen sind, um vielleicht noch wichtige Ansätze zu zerreden, das macht uns schon wieder unruhig. Es stimmt, wer entscheidet könnte Fehler machen, aber – wer nicht entscheidet, hat bereits Fehler gemacht. Darum gilt es jetzt: Feuer unter den Kessel und Dampf gemacht, aber nicht zum Pfeifen, sondern auch zum Fahren.

Und genauso Dampf machen, um Fahrt zu kriegen, muss man bei der Deregulierung, beim Bürokratieabbau. Was da der Wirtschaft, dem Wirtschaftsstandort Deutschland zugemutet wird passt auf keine Kuhhaut. Allein auf Bundesebene existieren annähernd 90.000 Gesetze, Rechtsverordnungen und Einzelvorschriften. Und diese Zahl wächst! Seit Beginn der neuen Legislaturperiode hat Rot-Grün bereits wieder 49 Gesetze verabschiedet, haben im Schatten des Parlaments die Bundesbehörden 387 Rechtsverordnungen erlassen (Stichtag war dabei der 1. September 2003). Ein Bild des Schreckens! Es ist abgeschätzt worden, dass die Bürokratie den Kleinunternehmen jährlich pro Mitarbeiter Kosten von 4.300 € beschert! Ist das denn notwendig? Hier muss doch gegengesteuert werden. Eine Möglichkeit wäre doch die Zuordnung der Kosten nach dem Verursacherprinzip. Schauen wir doch, wie viel Bütteldienste wir für den Staat leisten müssen. Diese Kosten belaufen sich nach Schätzungen in die Milliarden Euro. Ehrlicherweise müssten wir das Geld bekommen, genauso wie die Finanzämter für die Einziehung der Kirchensteuer vier Prozent Gebühr einbehalten!

Unserer Landesregierung würde ich eine weitere einfache Regel empfehlen: streichen Sie mehr Gesetze und Vorschriften als Sie erlassen. Die Methode hilft! Wir wissen, dass im Land der Anfang gemacht ist. Mit dem automatischen Streichen von nicht benötigten Rechtsvorschriften werden vielleicht einige Beamten erschrocken sein, aber die Radikalkur muss ohne Ansehen der Person, sondern nur um der Sache wegen verfolgt werden. Wie dicht das Gestrüpp der Gesetze ist haben wir schon bei der einfachen Frage an uns selbst erfahren: was muss denn verändert werden? Die Verwebung zwischen Bund und Land und auch im Kommunalbereich ist so bürokratisch perfekt, dass der Normalbürger im Gefilz hängen bleibt. Förderalismus hat sicher seine Vorteile für die Bundesländer. Roman Herzog hat aber gerade den Unsinn zwischen gesetzgebender Gewalt und denen, die es an der Basis umsetzen müssen, am Beispiel des Ladenschlussgesetzes dargestellt. Ich wünsche unserer Landesregierung bei dem Vorhaben zum Bürokratieabbau viel Erfolg – die positiven Auswirkungen helfen uns allen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Die Regelungswut hat in Deutschland den Charakter verdorben, und der Moralzerfall ist offensichtlich. Vor uns allen steht die Frage, wie wir die Umkehr davon schaffen, dass in der Wirtschaft durch die Gesetze der Täter geschützt wird und das Opfer verhöhnt wird. Sicher sind die Bemühungen da, die Zahlungsmoral wirklich zur Mo-

ral zu machen. Aber dass es immer noch möglich ist, auf dem Bausektor die Handwerker zu bestehlen durch Nichtbezahlung eingebauter Sachen und das noch im Schutze des Gesetzes – also das Wort „Unmoral“ ist da eine sehr gewählte Umschreibung für diese Ungerechtigkeit. Aber Deutschland ist eben verstrickt in völlig absurde Gesetzeslagen. Wenn eine schwangere Frau den Arbeitgeber beschwindeln kann bei einer Arbeitsstelle, die für schwangere Frauen verboten ist und das dann noch rechtens ist, dann zweifeln wir im Handwerk, ob unsere Gesetzgebung noch einem Rechtsstaat gerecht wird. Da zweifeln wir auch in derselben Richtung an unseren Richtern an den Arbeitsgerichten. Ein Kollege hat mir vor 14 Tagen sein Leid geklagt. Ohne Aufträge hat er einem Mitarbeiter kündigen müssen. Der ging vors Arbeitsgericht. Und die Frau Richterin rechnete kühn: 4 Jahre Mitarbeiter gewesen, bei 1.800 € Monatsgehalt: das macht 6.500 € Abfindung!

Lassen Sie sich, liebe Gäste, das mal auf der Zunge zergehen. Aus dem warmen Nest der sicheren Richterstelle, regelmäßig monatlich mit Steuergeldern versorgt, die Höhe will ich gar nicht nennen, wird verfügt, dass ein Betrieb, ohne Wertschöpfung erhalten zu haben, 6.500 € verliert! Glauben Sie, sehr geehrte Gäste, dass mein Kollege demnächst wieder einen Gesellen einstellt? In jeder Familie kann am Küchentisch nachgerechnet werden, wenn es ums Wirtschaftsgeld geht, wenn nichts reinkommt, kann nichts rausgehen!

Und bei allem Verständnis für unsere Gesellen, aber – die Kirche muss im Dorfe bleiben, um noch mal Norbert Blüm zu zitieren.

Meine Damen und Herren, mich regen solche Fälle immer an, auch mal etwas quer zu denken. Und da es ums Geld geht, liegt mir Basel II auf der Zunge. Ist Ihnen bewusst, dass Basel II weltweit gelten sollte. Ist Ihnen auch bewusst, dass Basel II weltweit nicht anerkannt wird. Ist Ihnen ebenfalls bewusst, dass Deutschland der einzige Musterschüler ist, wo die Banken die Unternehmen knechten, um Basel II schon jetzt umzusetzen. Und ist Ihnen auch bewusst, dass Basel II prozyklisch auf die Wirtschaft wirkt, also dass in einer Abschwungphase das Kreditangebot weiter eingeschränkt wird, um den Abschwung noch tiefer gehen zu lassen. Und dass damit nicht Risiken vermieden werden, sondern neue entstehen? Und letztlich: ist Ihnen bewusst, dass damit die deutschen Unternehmen in eine wesentlich schwächere Wettbewerbsposition gedrängt werden als ihre Konkurrenten? Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn wir – auch dadurch – wieder die EU-Stabilitätskriterien nicht erfüllen.

Ja, meine Damen und Herren, das ist Inländerdiskriminierung in hoher Vollendung, nicht etwa die Handwerksordnung, wie Rot-Grün behauptet.

Und da ich vom Querdenken sprach: noch ein Gedanke, zur Schattenwirtschaft. Alle wissen es – ohne es zu sagen: der sicherste und beste Konjunkturmotor ist die Schattenwirtschaft. Gäbe es sie nicht, läge das europäische Wachstum noch niedriger. Ja, das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt, z. B. unseres Landes ist wesentlich höher als es die Statistik angibt, nämlich 12 %. Und diese Schattenwirtschaft boomt – jährlich um rund 9 %. Und die geltenden Gesetze wirken hier befördernd.

Sollte da einem nicht die seltsame Frage kommen, ob wir nicht lieber alle zu den Prinzipien der Schattenwirtschaft übergehen sollten, als uns mit der überregulierten Wirtschaft der heutigen Zeit rumzuschlagen? Und wer in meiner Frage einen sarkastischen Unterton bemerkt haben wolle – dem kann ich nur recht geben!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe versucht, Ihnen ein Bild vom Handwerk an die Hand zu geben. Es soll Ihnen helfen, diese wirtschaftliche, soziale und für unser Dasein wichtige Gruppe der Gesellschaft richtig einzuordnen. Die Regierungen in Berlin kommen und gehen, das deutsche Handwerk aber bleibt, bloß wie es bleibt, wie jeder seine Bedürfnisse an handwerklichen Leistungen erfüllen kann, das hängt auch von Ihnen ab.

Lassen Sie uns deshalb einen gemeinsamen Weg in die Zukunft gehen, ich lade Sie herzlich ein!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist: Redebeginn